

Die „Volkswocht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7745.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Insertionsgebühr beträgt für die einseitige Zeile über einen Raum 20 Pfennige, für Inserats- und Berichtigungs-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 251.

Montag, den 3. Oktober 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Ueber die Arbeitsnachweis-Konferenz in München, über die wir bereits kurz berichteten, wird dem „Vorwärts“ von einer auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises wohl informierten Seite geschrieben:

Die Bestrebungen, den Arbeitsnachweis zu einer ständigen Einrichtung der kommunalen Verwaltung zu machen, haben im letzten Jahre solche Fortschritte gemacht, daß es allmählich höchste Zeit für die Arbeiter wird, dem Arbeitsnachweis innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Ohne Zweifel liegt auch für die Arbeiter der Nutzen einer unparteiischen Arbeitsvermittlung auf der Hand, und prinzipiell kann nichts dagegen eingewandt werden, daß der Arbeitsnachweis als solcher den Interessen der Arbeiter dauernd entzogen wird. Weber die Arbeiter noch die Unternehmer würden dadurch in ihrer gegenseitigen Position an Macht oder Einfluß verlieren. In diesem Sinne hat sich denn auch auf der ersten Verbandsversammlung und Arbeitsnachweis-Konferenz des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, die am letzten Dienstag in München stattgefunden hat, der Vorsitzende Dr. jur. Freund-Berlin in seiner Begrüßungsrede ausgesprochen. Es ist erfreulich, daß die Bestrebungen der Unternehmer, den Arbeitsnachweis in ihre Gewalt zu bekommen, unter der Zustimmung der gesamten Konferenz, an der als Gäste die Vertreter verschiedener Regierungen anwesend waren, verurtheilt wurden:

Der Verband der Arbeitsnachweise betrachte als seine Hauptaufgabe die Wahrung des unparteiischen Charakters des Arbeitsnachweises. Der Arbeitsnachweis dürfe nicht ein Machtmittel im Lohnkampfe sein, seine Leitungen müßten gemeinschaftlich von Unternehmern und Arbeitern beeinflusst werden. Diese Grundanschauung des Verbandes sei gänzlich unvereinbar mit der kürzlich vom Arbeitgeber-Verbande in Leipzig kundgegebenen Ansicht, wonach der Arbeitsnachweis am Besten in den Händen der Arbeitgeber allein ruhe.

So lange der Arbeitsnachweis-Verband diesen Grundsatz in der Praxis durchzuführen wird, so lange wird man seinen Bestrebungen vom Standpunkt der Arbeiter nicht feindselig entgegentreten.

Eine andere Frage ist, ob die Arbeiter bei den notorischen Versuchen der Unternehmer, den Arbeitsnachweis als ein Machtmittel im sozialen Kampfe zu organisieren, in der Lage sein werden, ohne Weiteres und bedingungslos für die unparteiischen Nachweise einzutreten.

Man nehme z. B. die Verhältnisse in der Metallindustrie. Dort bestehen schon längere Zeit die einseitigen Unternehmer-Nachweise und beherrschen bis zu einem hohen Grade die gesamte Arbeitsvermittlung. Die Arbeiter sind dem vereinigten Unternehmertum gegenüber auf dem Arbeitsmarkte völlig machtlos. Das Bestehen unparteiischer Arbeitsnachweise nützt daher in der Metallindustrie den Arbeitern in keiner Weise, da die Unternehmer sich gar nicht um die centralisirten Nachweise der einzelnen Kommunen kümmern.

So wie die Dinge heute in der Metallindustrie liegen, sollen nach der Leipziger Konferenz auch die Arbeitsvermittlungs-Verhältnisse in anderen Industriezweigen eingerichtet werden. Das ist der offen ausgesprochene Grundsatz der Leipziger Unternehmerkonferenz gewesen. Wenn nun die Arbeiter heute auf ihre gewerkschaftlichen Nachweise verzichteten, wenn sie sich

entschließen wollten, dem System der unparteiischen Nachweise, wie sie von den Verwaltungsmännern errichtet werden, sich rückwärts angeschlossen, so könnte, ja so dürfte aller Voraussicht nach gar bald der Fall eintreten, daß die Arbeiter als die gutmüthigen Mädel die Betrogenen wären. Denn während diese sich mit dem kommunalen Nachweise zufrieden gäben, würden die Unternehmer Zeit gewinnen, eigene Nachweise zu errichten, ihre Position zu stärken. Die Arbeiter würden dann die unangenehme Erfahrung machen, daß die Unternehmer sich unter der Hand zu Herren der Arbeitsvermittlung gemacht hätten.

Das ist die große Gefahr, die vorhanden ist, sobald die Arbeiter auf die Errichtung eigener Nachweise zu Gunsten der kommunalen verzichten würden.

Damit soll keineswegs eine Unterstützung der kommunalen Nachweise für ausgeschlossen erklärt werden, aber das Eine muß gesagt werden: Gelingt es den kommunalen Nachweisen nicht, innerhalb ihres Geltungsbereiches die Unternehmer-Nachweise zum Anschluß an das kommunale Institut zu gewinnen, so wird es mit einer erfolgreichen Wirksamkeit des gemeinsamen Arbeitsnachweises überhaupt sehr rasch zu Ende sein.

Aus diesem Grunde allerdings konnte erwartet werden, daß auf der Münchener Konferenz den Bestrebungen der deutschen Unternehmer scharfer zu Leibe gegangen worden wäre. Ein einfacher Protest kann nicht genügen; es handelte sich darum, über Mittel und Wege zu berathen, wie den Unternehmern ihre einseitigen Herrschaftsgelüste hätten genommen oder doch vereitelt werden können. Das ist nicht geschehen und darum haben die Vertreter der deutschen Arbeitsnachweise ihrer eigenen Institution Schwierigkeiten bereitet, die die junge, aber bisher kräftige Entwicklung der gemeinschaftlichen Arbeitsnachweise in hohem Grade gefährden. Den Arbeitern bleibt bei dieser Sachlage nichts Anderes übrig, als den nämlichen Weg zu beschreiten, den das Unternehmertum in Leipzig eingeschlagen hat. Hieß es dort, „der Arbeitsnachweis gehört den Unternehmern“, so wird als Kampfsparole von den Arbeitern nunmehr der Ruf ausgegeben werden müssen: „Schafft Euch eigene Arbeitsnachweise, denn der Arbeitsnachweis gehört erst recht den Verkäufern der Arbeitskraft, den Arbeitern.“

Trotzdem mögen die Arbeiter es nicht vernachlässigen, wenigstens so weit es sich mit ihren Interessen verträgt, in enger Fühlung mit den kommunalen Arbeitsnachweisen zu bleiben. Weiter aber dürfen nunmehr die Arbeiter nicht gehen. Unter den heutigen Umständen kann ihnen nicht gerathen werden, zu Gunsten der kommunalen Nachweise die vorhandenen gewerkschaftlichen aufzugeben oder sie mit den kommunalen Nachweisen zu verschmelzen. Das könnte sich bitter rächen, da die Arbeiter gar keine Garantie haben, daß die Unternehmer nicht auch in den Gewerben, wo sie heute noch den kommunalen Arbeitsnachweis benutzen, über kurz oder lang durch eigene Nachweise die Herrschaft der Arbeitsvermittlung an sich reißen werden.

Vorsicht gegenüber den kommunalen Nachweisen ist um so gerechtfertigter, als auf dem Verbandstage in München auch eine Frage angeschnitten wurde, die im Interesse dieser Arbeitsnachweise selbst viel besser gar nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden wäre. Es wurde nämlich die Frage berathen: „Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirtschaft Arbeitskräfte zu erhalten und zuzuführen?“

Was in aller Welt hat dieses agrarische Thema mit dem Zweck und der Einrichtung eines kommunalen Arbeitsnachweises zu thun? Aufgabe der Arbeitsvermittlung ist es

auf der einen Seite, die Nachfrage nach Arbeitskräften und das Angebot von Arbeitskräften evident zu erhalten, dann aber sowohl den Unternehmern wie den Arbeitern die Möglichkeit zu verschaffen, auf rascheste Weise auf dem Arbeitsmarkte den günstigsten Handel (Kauf oder Verkauf) abzuschließen. Ob nun dabei ein Gewerbe oder ein Produktionszweig und seine einzelnen Interessenten zu kurz kommen oder nicht, das geht den Arbeitsnachweis als solchen garnichts an. Gerade so wenig, wie es die Börse angeht, ob dort die Großbanken bessere Geschäfte machen als der kleine Mitläufer. Die Arbeitsnachweis-Konferenz war ja so klug, auf die Vorschläge des ersten Referenten, Dr. Naumann aus Hamburg, der den gesamten Arbeitsnachweis für agrarische Interessen dienbar machen wollte, nicht einzugehen. Die Teilnehmer der Konferenz werden daraus ersehen, daß sie mit der Erörterung solcher Thematika in ein politisches, jedenfalls aber parteiliches Fahrwasser gelangen mußten.

Nach alledem hat die Konferenz, die wesentlich aus Verwaltungsmännern zusammengesetzt war, weder für die Sache der kommunalen Arbeitsnachweise, noch auch für die Arbeiter ein erfreuliches Resultat gebracht. Die Arbeiter wurden mit starkem Mißtrauen erfüllt, das auch durch die einleitende Begrüßungsrede Dr. Freund's nicht beseitigt wird, sie dürften sich darum veranlaßt sehen, mehr als bisher den Ausbau und die Errichtung gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise zu betreiben. Das liegt nun aber wieder nicht im Interesse der kommunalen Nachweise, deren Aufgabe es doch sein sollte, unter Ueberwindung der einseitigen parteiischen Nachweise, die Arbeitsvermittlung außerhalb des sozialen Kampffeldes zu stellen. Gerade das Gegentheil sehen wir nun kommen. Die Bestrebungen der Leipziger Unternehmer-Konferenz werden durch die Haltung des Münchener Verbandstages in ihrer Verwirklichung in keiner Weise verhindert, die Arbeiter müssen in ihrem eigenen Interesse darum ihrerseits den Arbeitsnachweis gleichfalls einseitig erobern und die kommunalen Nachweise verlieren so, wenn nicht bald noch ein Ausweg gefunden wird, Stück für Stück des Arbeitsmarktes, kurz nachdem sie eine so ausichtsreiche und von den Arbeitern mit Recht begrüßte Thätigkeit zu entfalten begonnen haben.

Die Polizei und die Straßentravalle.

Als vor acht Tagen die bedauerlichen Unruhen in Liegnitz vor dem dortigen Schwurgericht zur Aburtheilung kamen, war der amtierende Staatsanwalt so freundlich, eines Ministerial-Erlasses zu erwähnen, der den Sicherheitsbeamten bei etwa vorkommenden Unruhen sofort und zwar beim ersten Sturm auf die Anwendung der Schusswaffe zur Pflicht macht. Der „Vorwärts“ ist in der Lage, dies Aktensstück im vollen Wortlaut der Deffenlichkeit zu übergeben. Es lautet:

Der Minister des Innern.
II 8952 I. Ausg.

Berlin, den 22. Juni 1898.

Aus den Berichten über die kürzlich in dortiger Stadt stattgehabten Straßenaufläufe ist zu ersehen, daß die Polizeibeamten, nachdem sie unter den gegebenen Voraussetzungen zum Einschreiten mit bewaffneter Hand genöthigt waren, von der Waffe nicht sofort wirksamen Gebrauch gemacht haben. Wesentlich hierauf ist es zurückzuführen, daß es nicht gelungen ist, die Unruhen gleich in ihrem Entstehen zu unterdrücken, daß es vielmehr zu weiteren Ausweitungen gekommen ist, welche bei energischem Eingreifen zu rechter Zeit hätten vermieden werden können.

Derartige bedauerliche Vorgänge sind geeignet, die Autorität des Staates und seiner Behörden zu gefährden. Unter

Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Kewirawitsch-Dantschenko.

Uebersetzung aus dem Russischen von Dr. A. Karkow und E. Stein (Nachdruck verboten.)

Er stellte sich auf das Sopha und küßte das Bild, hinter Staub blieb an seinen Lippen hängen. „So, jetzt ist es Zeit!“ Langsamem Schrittes ging er in das Zimmer seiner Tochter. „Nabja,“ begann er, „Du weißt, ich verreise auf einige Tage.“

„Du sagtest es mir, Papa.“

„Ich möchte nicht, daß Du allein hier in der Wohnung bleibst!“

„Aber ich fürchte mich nicht, Papa.“

„Siehst Du, Semjen ist heute nicht hier, und mit Marja allein.“

„Ich werde Sawischna noch rufen.“

„Ach ja, Sawischna! Sie hat, glaube ich, auch etwas in meinem Comptoir deponirt.“

„Allerdings, Papa!“

„Auch Sawischna! Alle! Alle! Nun, mein Kind, Du weißt mir trotzdem meine Bitte erfüllen. Fahre zu Kenia und übermache bei ihr; es macht mich ruhiger.“

„Wenn Du es durchaus willst, Papa! Uebrigens, wie ist es mit Deinen Geschäften?“

„Mit meinen Geschäften? Jawiesern?“

„Nun, Du bist heute so ruhig; ich habe Dich lange nicht so gesehen!“

„Ja, ja, Kind, die Geschäfte gehen wieder gut, halb werden alle Schwierigkeiten ein Ende haben. — Doch ich will Dich zu Kenia bringen, willst Du?“

„Auch ich denn nicht? — Du weißt ja, ich bin eine folgsame Tochter.“

Der Alte blinnte das Mädchen wehmüthig an, dann nahm er ihren Kopf in seine Hände, zog die Tochter an sich und küßte sie lange, lange. „Nur Dein Glück will ich ja, geliebtes Kind! Später wirst Du das einsehen, später, wenn Alles vorüber ist!“

„Du sprichst schon wieder in Räthseln, Papa!“

Während der Fahrt nach Kenias Wohnung schwieg Stoljeschnitow, nur zeitweise betrachtete er sein Kind mit schmerzlichem Blicke. An der Einfahrt zu Kenias Haus küßte er Nabja wieder, nahm dann ihre Hand und hielt sie in der seinen.

„Also Du bleibst bei Kenia, bis ich zurück bin, nicht wahr?“

„Du willst es ja, Väterchen!“

„Nach Byborg, — wollte sagen, zum Finnländischen Bahnhof!“ befahl er dem Kutscher.

„Auf Wiedersehen, Papa! Ich hätte Dich gern zur Bahn gebracht.“

„Nein, mein Kind, ich fahre schon allein, . . . fahre schnell zu, Jakob! Leb' wohl, Nabja!“

Nabja stand an der Einfahrt und sah dem Vater nach. Er wandte sich noch einmal um und winkte ihr mit der Hand. Kenia war erfreut über Nabjas Besuch. Die ganze Nacht hindurch plauderten die Beiden. Nabja stand schon sehr früh des Morgens auf, keibete sich an und ging hinüber in den Salon. Hier lagen allerlei Zeitungen auf dem Tische. Nach ihrer Antrittsrulle hielt Kenia fast sämtliche Zeitungen; sie wollte die Kritiken über sich selbst verfolgen. Da lagen die „Nowoje Wremja“, die „Nowost“, der „Golos“, das „Reiseblatt“, der „Schlüssel“.

Nabja nahm mechanisch den „Schlüssel“ in die Hand und warf einen Blick hinein. Was ist das? Da stand der Name ihres Vaters! Was mag das sein?

„Die in letzter Zeit stark mit Stargoroder Aktien

spekulirende Firma Stoljeschnitow scheint doch wohl in ihren Speculationen etwas zu weit gegangen zu sein. Dieser Tage wurden im Auftrage der Firma große Partien dieser Aktien an der Börse angeboten, doch nirgends fanden sich Käufer.“

„Uebrigens“, schrieb Lewschin weiter, „müssen wir wieder einmal eine traurige Neuigkeit verzeichnen. In Börsenkreisen wird täglich der Zusammenbruch einer alten, bekannten und bisher sehr geachteten Firma erwartet. Die Zahlungseinstellung steht, wie wir hören, im Zusammenhang mit der Katastrophe an der Stargoroder Bahn. — Wir unsererseits haben unsere Leser oft genug vor allzugroßem Vertrauen gewissen Speculanten gegenüber gewarnt. Das einzige Ziel derartiger Leute ist, reich zu werden, mögen auch Tausende ihrer Deponenten dabei zu Grunde gehen, wenn sich nur noch immer Leute finden, die auf ihren aus Karten angeführten Bahnen fahren! — Sodann hörten wir noch, daß der sehr achtbare Herr Stoljeschnitow gestern beim Finanzminister war. Jene Wiste scheint aber resultatlos für den ehrwürdigen Banquier verlaufen zu sein.“

„Die Passiva eines gewissen Bankcomptoirs betragen, wie uns von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, 2 1/2 Millionen Rubel, während die Aktiva unbekannt sind.“

Diese Thatsachen sprechen für sich selbst und geben dem Herrn Prochraschensky die gebührende Antwort. Dieser Herr, der die Bertheidigung einer mißlichen Sache überwunden hatte, fand selbstverständlich damit bei uns keinen Raum und wanderte deshalb nach dem „Reiseblatt“.

Nabja verstand kein Wort.

Eines war ihr ja klar. Der Abend öffnete sich vor ihren Füßen, aber was sollte dieser Artikel, was hieß das Alles? — Noch einmal las sie die verhängnisvollen Seiten durch und blieb, mit der Zeitung in den Händen, starr sitzen.

Als Kenia trat, fand sie die Fremde in Thronen

in diesen Umständen darf in solchen Fällen ein Zweifel darüber geübt werden, ob die Polizeibehörden in der Lage und berechtigt sind, zum Schutze der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit den den gefährlichen Mitteln mit voller Entschiedenheit Gebrauch zu machen.

Ich nehme daher Anlaß, in Erinnerung zu bringen, daß die Polizeibehörden, sobald sie nach Maßgabe der bestehenden allgemeinen Bestimmungen (§ 28 der Dienstinstruktion für die Gendarmen vom 30. Dezember 1820 — S. 1821 S. 10 § 12 der Verordnung vom 23. Mai 1867 S. 777 — Allerhöchste Dekrete vom 4. Februar 1854 — Minist.-Z. 1. f. d. i. Rev. S. 69) und ihrer besonderen Dienstinstruktionen genöthigt sind, gegenüber einer auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen verlaufenden Menschenmenge mit bewaffneter Hand einzuschreiten, den der Waffe sofort wirksamen Gebrauch zu machen haben, nachdem die bestmögliche Aufforderung sich zu entfernen, keinen Erfolg gehabt hat (vgl. § 116 des Strafgesetzbuches).

Was insbesondere den Gebrauch der Schusswaffe bei solchen Gelegenheiten betrifft, so hat nämlich schon im Jahre 1890 vorgekommenen Strafen-Ermittlungen der § 10 des seinerzeit Ihnen zugewiesenen Dekrets und Instruktionbuches für die Landgendarmerie vom 10. August 1888 hinter Seite 1 der Seite 14 folgenden Zusatz erhalten:

Muß von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden, so hat dieses auch in vollem Maße einzutreten, und sind vor Allem die sogenannten Schredschüsse über die Masse der Volksmenge hinweg zu unterlassen.

Diese Anordnung, welche, wie ich annehme, durch Gendarmerie-Regimente zu ihrer Kenntnis gebracht sein wird, hat auch für die Polizeibeamten zur Richtschnur zu dienen.

In gleicher Weise haben, wie die Gendarmen, so auch die Polizeibeamten, falls sie bei Strafen-Ermittlungen und Vollstreckungen mit bewaffneter Hand einzuschreiten genöthigt sind, bei der Anwendung der Waffe nicht mit Scher, sondern mit harter Klinge einzuhacken. Im Uebrigen behält es bei der mit dem Einverständnis meines Herrn Amtsvorgängers von dem Ober- und Landgendarmerie getroffenen Bestimmung, wonach, wenn eine größere Anzahl von Gendarmen zu geschlossener Abtheilung unter einem Vorzeichen als Führer vereinigt werden, für den Waffengebrauch derselben neben dem § 28 der allgemeinen Dienstinstruktion vom 30. Dezember 1820 und dem § 18 der Allerhöchsten Verordnung vom 23. Mai 1867, die auf dem Gebiete vom 20. März 1837 beruhende Instruktion über den Waffengebrauch des Militärs vom 1. Juli 1863 Nr. 11 2, 4 u. 5 zur Richtschnur zu dienen hat, sein Bestehen.

Indem ich noch bemerke, daß die Instruktion vom 4. Juli 1863 im Fußheftel und zwar bei der königlichen Postbuchhandlung von G. E. Müller u. Sohn, Berlin, käuflich zu haben ist, ersuche ich Sie, hianach die nachgeordneten Polizeibehörden, soweit es erforderlich, in geeigneter Weise in Kenntniss zu setzen, ges. von der Rede.

An den Herrn Regierungspräsidenten zu Erfurt.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diese Verfügung so ziemlich alle Schichten der Bevölkerung lebhaft erregt wird. Denn man muß wissen, daß Dank der werthvollen Anstrengungen, die man in behördlichen Kreisen von der Wahrung der Staatsautorität hegt, die Polizei dem Publikum gegenüber bisher schon oft in einer Weise ihres Amtes gewaltet hat, die alles Andere über denn beruhigend war und selbst solche Leute, die im Allgemeinen bei Anlässen nicht auf die Strafe steigen, mit trügigem Misstrauen gegen zahlreiche Vertreter der Ordnung erfüllten mochte.

Der sind denn die Massen, auf die sofort schon geschossen werden soll, wenn irgend Jemand einen Stein zum Wurfen anschießt? Wer die Berichte über die Baar-Krawall-Prozesse verfolgt hat, die allerdings die Gerichte bezeugen, dürfte zu dem Urtheil kommen, daß die Vetheiligten an den vorgekommenen Geschehnissen zum Theil halbe Kinder und zum Theil erwachsene Leute ohne jede politisch staatsgefährliche Betanung waren, Personen von der Art, wie sie bei Gastparaden, förmlichen Besuchen, Illuminationen u. s. w. und eben auch bei Robanereien die mehr oder weniger zufällige Claque bilden, Menschen, die bei patriotischen Gelegenheiten höchst wahrscheinlich das harnischsichtige „Volk“ darstellen. Diese Bevölkerungskategorie wird wie bei allen Strafverurtheilungen so auch bei Exzellenz rasch ausgeschieden von harnischsichtigen Heiberlei Geschlechtern, die nur zusammenzufassen, weil sie gefört haben, daß was Fremderes los ist.

Die geplante Justizreform.

Ueber den Stand der Vorbereitungen der Justizreform liegen nicht widersprechende Meldungen vor. Man kann sich erwarten, daß die „Allgem. Ztg.“ am nächsten Sonntag folgende, heute liegt die hiermit ab-

ertheilt. Rechts gegenüber sah der General und konnte ohne Zweifel die Bedenke an.

„Was ist geschah?“ rief Maria, „General, was haben Sie angerichtet?“

„Sie?“ rief Maria reichte Maria die Zeitung. „Sah sie eine Zeitung, daß das größte ich nicht. Für mein Vater, wo ist mein Vater? Das überlebt er nicht?“

„Wer ist eine Zeitung?“ rief Frau-Kalabritsky entsetzt. „Ich frage, wer ist eine Zeitung?“

„Ich bin eine Zeitung... Wer sind Sie General?“

„Das ist nicht wahr! Das darf nicht sein!“ rief der General in großer Aufregung. „Ich gebe das nicht zu, nicht! nicht!“

Maria blickte den Mann freudig an.

„Ihr Spruch an, meine ich noch einmal an, sah sie reichte Maria an und eine dem General nach seiner oberen Seite. Rechts lehnte den Kopf auf Maria's Schulter und blickte herabsehend. Maria hatte den faden Hauch von Maria's Haaren und glückte mit der freien Rechte das gelbe Haar der Fremden. Es verging einige Minuten.

„General!“ rief Maria was jetzt wieder im Allgemeinen die gleiche Stimme des General. „Das darf nicht sein, das geht nicht!“

„General!“ rief Maria was jetzt wieder im Allgemeinen die gleiche Stimme des General. „Das darf nicht sein, das geht nicht!“

„General!“ rief Maria was jetzt wieder im Allgemeinen die gleiche Stimme des General. „Das darf nicht sein, das geht nicht!“

„General!“ rief Maria was jetzt wieder im Allgemeinen die gleiche Stimme des General. „Das darf nicht sein, das geht nicht!“

„General!“ rief Maria was jetzt wieder im Allgemeinen die gleiche Stimme des General. „Das darf nicht sein, das geht nicht!“

„General!“ rief Maria was jetzt wieder im Allgemeinen die gleiche Stimme des General. „Das darf nicht sein, das geht nicht!“

„General!“ rief Maria was jetzt wieder im Allgemeinen die gleiche Stimme des General. „Das darf nicht sein, das geht nicht!“

„General!“ rief Maria was jetzt wieder im Allgemeinen die gleiche Stimme des General. „Das darf nicht sein, das geht nicht!“

weichende Ansicht des häufig wohl informierten Berliner Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ vor. Derselbe schreibt seinem Blatte:

„Zuverlässige Mittheilungen von verschiedenen Seiten ergeben, daß die für die nächste Reichstagsession angekündigte Vorlage, die sich gegen die Strafsachen richten soll und die man sich als eine Abänderung des § 153 der G.-D. denkt, noch nicht feste Gestalt angenommen hat. Das Gelingen gewisser Stellen über die bekannte Feste des Kaisers, in der Buchdruckerei in Aussicht gestellt war, ist wohl getreuen und ist begreiflich; es scheint selbst an den Stellen getreut worden zu sein, denen man einen besonderen Eifer in der Ausführung der sozialpolitischen Ideen des Kaisers zutraut. Es weiß zur Zeit wahrscheinlich noch Niemand, in welcher Form dieser Gesetzentwurf an den Reichstag gelangen wird.“

Dagegen wird der „Köln. Volksztg.“ aus Berlin geschrieben:

„So viel scheint festzustellen, daß an besondere Ausnahmestimmungen gegen Ausländer nicht gedacht wird, vielmehr eine Verklärung des Strafgesetzbuches zum Schutze der persönlichen Freiheit überhaupt vorgesehen werden soll. Danach würde also von einer Aenderung der Gewerbe-Ordnung ganz abgesehen werden. Man beruft sich bei Berathung des Arbeiter-Schutz-Gesetzes Vereinnungigkeit geübt habe, über den jetzigen § 153 der Gewerbe-Ordnung hinauszugehen, aber nicht im Rahmen dieser sondern im Rahmen des allgemeinen Strafgesetzbuches, und, wie es scheint, soll der Reichstag nun vor diese Frage gestellt werden. Mit dem Betreten dieses Weges hofft man offenbar am besten der Auffassung zu begegnen, als ob eine Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter geplant sei. Eine solche Absicht wird auf das Günstigste bestritten.“

Ueber die Ursache des Unglücks

auf Seite „General Blumenthal“ wird berichtet, daß beim Wschel der Schicht der Jöbberford in Folge eines Versehens des Reichstages Pajling zu hoch gezogen worden sei, in Folge dessen sei der Korb mit starker Gewalt unter die Seilbahn gezogen worden, daß die Verbindung zwischen Seil und Korb sich gelöst habe und der Korb in die Tiefe gestürzt sei. Es sei eine der besten Hängvorrichtungen angebracht gewesen, die Hängvorrichtung habe ihre Höhe auch tief in die Spurrillen gesunken und große Schäden verursacht, aber die Last des Korbes sei zu groß gewesen. Gerade bei dem betreffenden Schacht, der neu angelegt sei, habe man Alles aufgebracht, um ein Verhüten des Seiles zu verhindern. Der vom Ober-Bergamt empfohlene Röhren-Apparat, der verhalten soll, daß der Korb zu hoch gezogen wird, sei angebracht worden und sei in Gegenwart der Vertreter des Ober-Bergamts wiederholt geprüft worden, habe aber jetzt doch versagt. Man siehe hier vor einem Räthsel.

Die die „Köln. Volksztg.“ mittheilt, machte sich unter den Bergleuten großer Unruhe gegen die Beschlüsse bemerkbar. Man sagt, dieselbe sei verpflichtet bei der Menschenführung zwei Maschinen anzuwenden. Von Grubenbeamten wurde indessen bestritten, daß eine dahingehende bergpolitische Entscheidung gegeben. Das genannte Arbeiterblatt läßt sich mit der Frage: „Wann bekommen wir die Reform der Berginspektion?“ damit belohnen wir Sie, Herr Verfasser?

Sändliche Fortbildungsschulen und Pferdebrennen.

Der preussische Etat des Landwirtschafts-Direktoriums enthält folgende Posten:

	1896/97	1897/98
1. Gehalt von Zuschüssen für ländliche Fortbildungsschulen.	38,000 Mk.	50,000 Mk.
2. Dispositionsbetrag zu Subsidien bei Pferdebrennen.	210,000	210,000

Zur Wiederholung sieht also mehr als vier Mal so viel Geld zur Verfügung als für die Fortbildungsschulen; das ist für unsere Verhältnisse ganz ungewöhnlich! Für die Förderung der Pferdebrennen sind rund 1,700,000 Mk. ausgesetzt worden, also 34 Mal mehr als für die Fortbildung der ländlichen Jugend bewilligt werden. Auch das ist bezeichnend!

Neue politische Nachrichten. Die Senatsung betreffs des Reichstages in den letzten Tagen wird in aller Munde sein. Die Verhandlungen des Reichstages sind in der That eine große Angelegenheit. Die Verhandlungen des Reichstages sind in der That eine große Angelegenheit. Die Verhandlungen des Reichstages sind in der That eine große Angelegenheit.

„Sieh dich einmal an, Maria, dein General! Das hat er wirklich nicht erwartet.“

„Ja den Reichstag hat er nicht erwartet.“

„Er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Sieh, er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Sieh, er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Sieh, er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Sieh, er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Sieh, er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Sieh, er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Er hat den Reichstag nicht erwartet.“

„Sieh, er hat den Reichstag nicht erwartet.“

gegen die Anarchisten mehr das römische Blatt „Tribuna“ und die französische und die englische Regierung hätten den Voranschlag der italienischen, betreffend die Konferenz zur Berathung von Maßnahmen gegen die Anarchisten zugestimmt. Es sei somit die Zustimmung aller Regierungen erfolgt. — General Loral fand am Freitag in Madrid die erste Verhandlung vor dem Obersten Kriegsgericht statt. Loral hat bei dem Anarchistenkongress in Havanna 100,000 Rubel an Prämienkonferenz ist definitiv geschleiert. — Ein Massenaustritt aus Spanien nach Cuba und Portorico beschleunigt die Zahl der zur Zivilbevölkerung gehörenden Spanier, welche, unter der Herrschaft der Amerikaner zu entgehen, Cuba und Portorico verlassen wollen, zweihunderttausend. — Die Amstättigkeit des Oberbürgermeisters Belle in Berlin ist Freitag zu Ende gegangen. Es erregt Aufsehen, daß trotzdem die Bestätigung des bereits im Juni gewählten Nachfolgers, des Oberbürgermeisters Ritzner, noch nicht erfolgt ist.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Ueber die politische Lage schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“: Wenn es nicht vorweg so klar gewesen wäre, daß die einzige Taktik der Opposition, auf die das Ministerium nicht „gerührt“ war, und die allein ihm Gefahr bringt, die ist, die die „Arbeiter-Zeitung“ beim ersten Verlauten des geheimen Regierungsplanes vertreten hatte: die Nachwirkung der gestrigen Debatte hätte glänzend erwiesen, wie recht wir hatten, als wir auf die Verathung der Ausgleichsvorlagen drangen. Denn thatsächlich, die österreichische Regierung, die ungarische Regierung, die Rechte, sie alle sind heute in tödlichster Verlegenheit. Das ungarische Abgeordnetenhaus hat sich bis zum 7. d. Mts. verlagert, und die Wichtigkeit der Gründe, die Baron Banffy dafür angeführt hat, macht es sicher, daß die Antwort des österreichischen Kabinetts wartet. Graf Thun ist die Verpflichtung eingegangen, am 8. Oktober bestimmt zu erklären, entweder daß die parlamentarische Erledigung des Ausgleichs gesichert sei, oder daß der Ausgleich im Parlament gescheitert sei. Von der Erklärung des Grafen Thun hängt es ab, ob der ungarische Reichstag den vereinbarten Ausgleich — die zweiundzwanzig Gesetzentwürfe — in Verhandlung nimmt, oder ob das selbstständige Verfügungsrecht der Ungarn lebendig wird, die Eventualabmachungen in Kraft treten. Graf Thun, und das ist die entscheidende Verlegenheit für ihn, kann am 8. Oktober weder das Eine erklären, denn das Parlament wird ja den Ausgleich verhandeln, noch sich für das Andere verbürgen, denn die gestrige Abstimmung lehrt, daß die Majorität für diesen Ausgleich nicht aufzutreiben sein wird. Kurz, Graf Thun ist in der Schlinge gefangen, die für die Opposition aufgestellt war.

Italien. Vom Streikrecht. Der Verichtshof von Bologna hat in einem dieser Tage ergangenen Urtheil das Recht zum Streiken indirekt anerkannt, indem er es ablehnte, ruhig streikende Arbeiter zu verfolgen und den Bauern das Recht zusprach, den ihnen gebotenen Lohn als zu niedrig abzulehnen.

Frankreich. Zur Revision des Dreyfus-Prozesses wird gemeldet: Der Generalprokurator des Kassationshofes Manau hat die Untersuchung des Dreyfus-Dossiers beendet und dasselbe Sonnabend Nachmittag dem Vorsitzenden der Kriminalkammer Lecomte zugestellt. Dieser wird ebenfalls eine Prüfung der Akten vornehmen und im Laufe der nächsten Woche den Rath bestimmen, der mit der Berichtserstattung beauftragt werden wird. Ein Mitglied des Kassationshofes soll einem Mitarbeiter des „Matin“ gegenüber erklärt haben, der Kassationshof werde behufs gründlicher Prüfung der Revisionsfrage verlangen, daß Dreyfus nach Frankreich zurückgebracht und hier verhört werde.

Die „Aurore“ veröffentlicht zwei Briefe, welche Esterhazy an den englischen Journalisten Strong gerichtet hat. In demselben sagt Esterhazy, er werde sich nunmehr vertheidigen, da man ihn im Stich lasse. Ferner kündigt Esterhazy in dem einen Briefe an, daß jetzt die Bombe bald platzen werde. Die „Bombe“ sei, wie Strong behauptet, das Geständnis, daß Esterhazy den Dordereau geschrieben habe.

Emil Zola ist am Dienstag — gepfändet worden, weil er die Entschädigung an die drei Schriftsetzer-Verständigen in seinem Prozeß noch nicht entrichtet hat. Das Angebot seines Fremdes, des bekannten Dichters Claude Mirbeau, die 30,000 Francs an die Experten zu bezahlen, wurde zurückgewiesen. Bei der Pfändung war Frau Zola zugegen. Im Ganzen wurde die Einrichtung von drei Zimmern gepfändet, darunter Möbel und Kunstwerke von großem Werth.

Ueber die Affäre Dreyfus sprach am Sonnabend General Jaurès im Trianon-Theater auf dem Montmartre zu Paris. Der Saal, der 4000 Menschen faßt, war, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, überfüllt, obwohl ein halber Frank Eintrittsgeld erhoben wurde. Jaurès sprach lebhaft und die Versammlung war wahrhaft begeistert. Das Publikum, worunter viele Frauen, bereitete Jaurès ein stürmische Ovation. Auf der Straße setzten sich lange die Hochrufe auf Piquart und Zola fort. Die Polizei hatte keine Veranlassung, einzuschreiten.

Die Unruhen auf Creta. In Candia wurden, wie gemeldet wird, weitere 1200 englische Matrosen ans Land gesetzt. Der Admiralsrath auf Creta beschloß, die Unruhestifter von Candia kriegerisch abzuwehren und die Unruhe kollidieren zu lassen. Sieben Unruhestifter wurden neuerdings den Engländern ausgeliefert. Der türkische Kommandant in Candia, Ehemalig Pascha, soll durch Schiffs Bey ersetzt werden.

Die Abreise von Carea durch die Lokalregierung zu Beginn des Jahres 1897 vertheilt den Waffen einzuziehen.

Aus Ostasien. Der „Ber. Dajpei“ meldet aus Shanghai: „Der Laotai erregt Aufregung, daß der Kaiser von China nach Unterdrückung der Regentenschaft aufstehenden Gottes Selbstmord begangen habe.“

stärkte durch das Loch auf den Gussflur und brach beide Beine. Als Hilfe kam, war der Greis bereits todt.

Bestenfalls 1. Oktober. Die Geisteskräfte nach dem System Kortum, welche auf Grund zur Befestigung der Schale angewendet werden, sind, wie verlautet, vom Kgl. Oberbergamt zum weiteren Gebrauch verboten worden. Ein solches Siderbeilgeschloß befand sich auch an der Schale des Gottardtschloßes in Oragow, durch dessen schlechte Funktionierung i. B. 25 Bergleute den Tod fanden.

Gerichtliches.

Einem Beschimpfung der katholischen Kirche soll sich der Eisenarbeiter Eugen im Gasthof zu Baberze schuldig gemacht haben. Er wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurtheilt.

Unterbringung im Anst. Der Postdirektor Stütz aus Glatz wurde dem Schwurgericht in B. u. A. wegen Unterbringung im Anst. zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Sociale Uebersicht.

Die Begehrlichkeit der Arbeiter. Es vergeht fast kein Tag, ohne daß die bürgerlichen Blätter laute Klagen über die unerträgliche Begehrlichkeit der Arbeiter anstimmen. Es wird deshalb kaum unausgesprochen erscheinen, wenn wir diesen Beschuldigungen der Unternehmerpresse folgenden Auszug aus dem neuesten Kurztitel der „Frankf. Zeitung“ entgegenstellen.

Table with 3 columns: Banken, Bergwerke, Industrie. Lists various banks and industrial companies with their respective shares and dividends.

Vergleichen man mit diesen kolossal hohen Dividenden die kleinen Verdienste der Arbeiter in diesen Fabriken, so muß man sich eigentlich darüber wundern, wie stark die bereits von Sachverständigen bekämpfte „verdamnte Bedürfnislosigkeit“ nach dem heutigen Tage noch unter den bürgerlichen Arbeitern wächst.

Der Jahresbericht der englischen Fabrikinspektoren für 1897 ist kürzlich von der Inspektoria Mrs Anderson der Regierung vorgelegt worden. Die Darstellung der eingekommenen und von der Inspektoria untersuchten Beschwerden, gegenwärtige Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen betreffend, nimmt in dem Bericht einen hohen Platz ein. Im Berichtsjahr liefen bei den Inspektoren 597 Beschwerden ein, von denen nur eine sehr kleine Anzahl nicht auf ihre Beschäftigung unterliegt werden konnte, weil die Arbeiterinnen aus Furcht in ihren Angaben zu unbestimmt geblieben waren.

Nach dem Bericht sind die elendesten Arbeitsbedingungen bei Arbeiterinnen in Irland anzuführen. Die Fabrikinspektoren, welche hier revidirt, erstattet, daß in zahlreichen Betrieben ein raffinirtes Knütteln in Kraft stand. Die Arbeiterinnen wurden entweder in Bäumen ausgehakt oder in Haken aufgehängt, welche nur in einem ganz bestimmten Augenblicke geöffnet wurden, um die Arbeiterinnen mit der Hand von den Spinnmaschinen zu trennen.

Inspektoria besuchte deshalb Abends Arbeiterfamilien, denen ihre amtliche Eigenschaft unbekannt war, suchte ihr Vertrauen zu gewinnen und erlangte auf diese Weise die nötigen genauen Angaben. Der Bericht hebt hervor, daß die Zahl der Fälle stetig wächst, in denen sich Arbeiterinnen oder Organisationen mit Beschwerden an das weibliche Fabrikinspektoria wenden. Ferner auch, daß immer häufiger Unternehmer um Auskunft nachsuchen über die gesetzlichen Vorschriften, die Arbeitszeit, Beschaffenheit der Arbeitsräume, das Truchsystem u. betreffend. Leider ist die Zahl der von den Inspektoriinnen vorgenommenen Revisionen gegen die Hälfte kleiner, als voriges Jahr. Dies in Folge des Umstandes, daß die Inspektoriinnen mit einer Reihe von wichtigen Spezialuntersuchungen betraut waren, betreffend den gesundheitschädlichen Einfluß der Arbeitsbedingungen auf den weiblichen Organismus in bestimmten Industrien. Der Bericht erweist fernerhin, daß die Wichtigkeit der weiteren Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes, wie die Vermehrung der Zahl der weiblichen Gewerbe-Aufsichtsbeamten. Er spricht abermals bereit von der Fähigkeit, dem Eifer und dem Pflichtgefühl, mit welchem die englischen Fabrikinspektoriinnen ihres Amtes walten. Ihre Leistungen wurden rückhaltlos von den Vorgesetzten, der Presse jeder politischen Schattirung, vor Allem von den Arbeiterinnen anerkannt. Auf die Anregung der früheren Hauptinspektoria, Mrs. Tennant, hat sich deshalb ein Komitee gebildet, das den Zweck verfolgt, den Arbeiterinnen den ausgebreitetsten Schutz der Fabrikinspektoriinnen und der Gesetzgebung zu Theil werden zu lassen. Es sammelt einen Fonds, aus dem Arbeiterinnen, welche in Folge von Beschwerden an die Fabrikinspektoria gemeldet worden sind, unterstützt werden und die Mittel erhalten, die Berichte gegen ihre ehemaligen Ausbeuter anzuführen. Dem Komitee gehören Damen des reichsten Adels an, der Bischof von London u. Der Minister des Innern empfing kürzlich eine Deputation des Komitees, der er die Versicherung gab, demnachst 2 weitere Inspektoriinnen anstellen zu wollen.

Neueste Nachrichten.

Zur Dreifusangelegenheit

wird gemeldet: Die Rückkehr Dreyfus' von der Zensurinsel nach Paris ist am Sonnabend in einer Unterredung des Generalprokurators mit dem Justizminister Sarrrien beschlossen worden.

Berlin, 3. Oktober. Morgens Nachmittag wurde in dem Hause Jonastrichstraße 16/17 die 58-jährige Dienstmagd Theresie Kaiser ermordet. Dieselbe ist bereits 40 Jahre im Dienste des Predigers Koller von der apostolischen Gemeinde. Der Arzt konstatierte einen Hieb mit einem stumpfen Gegenstand über das Auge und mehrere Schläge am Hinterkopf. Die Mörder ertrugen die Komode der Ermordeten, raubten die Bauschachtel und durchwühlten den Schreibtisch Kollers. Bis Mitternacht war keine Spur von den Mördern gefunden.

Landesamtliche Nachrichten.

- List of names and addresses: Heinrichs-Aufhebungen, I. Kaufmann Paul Wienand, II. Ring 31, und Margarete Gerwin, Kaiser Wilhelmstr. 13. ...

- List of names and addresses: Schmiedes Hermann Vollmann, 8 M. - Schlosserwitwe Dorothea Richter, geb. Rice, 78 J. - Lucille Hoffmann, ohne Beruf, 44 J. ...

Briefkasten der Redaktion.

- List of letters and notices: Zur Beachtung für Alle, die an die Redaktion schreiben. 1. Wenn Du etwas einer Zeitung mitteilen willst, thue dies rasch und schiebe es sofort ein; denn was neu ist, wenn Du es denkst, ist vielleicht nach wenigen Stunden nicht mehr neu.

Zum Prekond gingen ein: B. Krause 2 Mt.

Social. Verein für Breslau u. Umgegend. Montag, 3. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal, Neumarkt 8. Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Die in Aussicht genommene „Zuchthausvorlage“.

5 Pf. Sumatra-Cigarren, prachvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand und Geschmack. 100 Stk. 2 Mt., 250 Mt., 3 Mt., bis 5 Mt. empfiehlt gegen Nachnahme. Cigarren-Fabrik E. Lampke, vorm. A. Kirschner.

Reinen Breslauer Brenner-Korn à ca. 50 Pf. bei 10 Liter 45 Pf. offerirt Bruno Assmann, Breslau, Schweikertstr. 10.

Für Arbeiter! Stiefelschmiere „Degras“ macht das Leder wasserdicht und weich, und schützt das Leder vor Brechen, von 20 Pf. an, empfiehlt H. Labich Leder-Zurichter, Breslau, Neulinerstr. 19. 3765

Stadt-Theater. Montag: „Gans Heiling“. Dienstag: Ein Bruderwitz in Habsburg. Mittwoch: „Der schwarze Domino“. Donnerstag: „Carmen“.

Lobe-Theater. Montag: „Mauselle Nitouche“. Dienstag: „Unter vier Augen“. „Stellvertreter“.

Deutsches Theater. Montag: „Krieg im Frieden“.

Polster-Berg, Kopfkissen, Kissen, Federn, Matratzen, etc. Preislisten gratis und franco.

Jul. Moritz, Seiler, 44, Papierfabrikstr. 44.

Blane Normal-Arbeits-Anzüge von Hüst 3765 für Maschinenbauer zur Bekleidung von Maschinen, etc.

G. Kauerhase, Neumarkt 45, parterre und 1. Etage.

Clapp-Bettstellen mit acht Quergurten, mit Kreuzgurten, etc.

Matratzen dazu: mit Seegras-Füllung von 5.- an, Indiarubber do. 8.00, etc.

Waschtische von starkem Bundesien: für dreitheil. Garnitur 1.25, etc.

Herz & Ehrlich, 3895 Breslau. Preislisten gratis und franco.

20 Herren- und Damenschreibische werden auch einzeln auf Abzahlung von 10 Mark und wöchentliche Abzahlung von 2 Mark an abgegeben. 5837/5

S. Osswald, Schuhbrücke 74, I.

Bahnmeisterschule, Lehrgang: 3 Sem. - Staatl. Lehrprüf. Statuten, Sem.-Anf.: Nov. 1. 1900. Director Müller.